

IWH-Pressemitteilung 40/2013

Halle (Saale), den 12. Dezember 2013

Konjunktur aktuell: Binnenwirtschaft trägt Konjunktur in Deutschland

Die Weltwirtschaft dürfte im Jahr 2014 in moderatem Tempo expandieren. Die wirtschaftliche Erholung im Euroraum bleibt schleppend. In Deutschland setzt sich dagegen der im Frühjahr 2013 begonnene Aufschwung fort. Er wird von der binnenwirtschaftlichen Nachfrage getragen. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2014 um 1,8% (66%-Prognoseintervall: 1,0 bis 2,7%) zulegen, nach 0,4% (66%-Prognoseintervall: 0,3 bis 0,5%) im Jahr 2013. Die Arbeitslosenquote sinkt leicht auf 6,5%, die Verbraucherpreise steigen wie schon 2013 um 1,5%. Der Finanzierungssaldo des Staates nimmt konjunkturbedingt noch etwas zu, auf 0,3% im Jahr 2014.

Zum Ende des Jahres 2013 expandiert die **Weltproduktion** in einem Tempo, das in etwa dem Durchschnitt der vergangenen Jahrzehnte entspricht. Damit hat sich die internationale Konjunktur im Verlauf des Jahres 2013 von der Schwächephase im vergangenen Winter erholt. Im Jahr 2014 dürfte die gegenwärtige konjunkturelle Dynamik in etwa gehalten werden. In den USA wird die Konjunktur voraussichtlich deutlich anziehen. Freilich setzt dies voraus, dass der Kongress den Kompromissvorschlag zur Lösung der finanzpolitischen Dauerblockade von Mitte Dezember 2013 Anfang 2014 auch umsetzt. Der Aufschwung in Japan dürfte durch die sehr kräftige Erhöhung der Konsumsteuer im Land ins Stocken geraten. Die Produktion in den Schwellenländern wird voraussichtlich weiterhin in für diese Ländergruppe nur geringem Tempo zunehmen, auch weil sich die Finanzierungsbedingungen für eine Reihe von Ländern deutlich verschlechtert haben. Die Wirtschaft des Euroraums dürfte sich weiter langsam erholen, denn die Dämpfung von Seiten der Finanzpolitik lässt deutlich nach, und die Schrumpfungprozesse laufen langsam aus. Zudem profitieren Volkswirtschaften mit funktionierendem Transmissionsmechanismus zwischen Geldpolitik und Realwirtschaft – etwa Deutschland und Frankreich – von sehr günstigen Finanzierungsbedingungen. Weil aber die Finanzierungsbedingungen in den Krisenländern des Euroraums schwierig bleiben und in einigen Ländern, zumal in Italien, notwendige Strukturreformen noch kaum vorangekommen sind, dürfte die Erholung im Euroraum alles in allem schwach bleiben.

In **Deutschland** setzt sich der im Frühjahr begonnene binnenwirtschaftliche Aufschwung fort. Das Winterhalbjahr 2013/2014 scheint aktuellen Produktionszahlen zufolge allerdings schwach zu beginnen; das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2013 nur um 0,4% zunehmen (66%-Prognoseintervall: 0,3 bis 0,5%). Insgesamt weist die deutsche Wirtschaft aber eine gute Konstitution auf. Die Erwerbstätigkeit ist auch wegen arbeitsmarktbedingter Zuwanderung aus Europa auf einem historischen Hoch und die realen verfügbaren Einkommen steigen beschleunigt. Die binnenwirtschaftlichen Expansionskräfte dürften deshalb nach dem mäßigen Winterbeginn wieder stärker an Boden gewinnen. Dieses Gesamtbild bleibt auch für den weiteren Verlauf von 2014 und 2015 bestimmend. Mit der langsamen Erholung in Europa werden die Exporte an Kraft und Dynamik gewinnen. Angesichts der breit angelegten Belebung der Binnennachfrage werden aber auch die Importe im Prognosezeitraum weiter kräftig zulegen, sodass der Außenhandel wohl per saldo einen negativen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Expansion liefern wird. Alles in allem wird sich die Produktion in Deutschland im Jahr 2014 beschleunigen. Nach einer leichten

Sperrfrist:
12. Dez. 2013,
13:00 Uhr

Pressekontakt:
Stefanie Orphal
Telefon:
+ 49 345 7753 720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:
Oliver Holtemöller
Telefon:
+ 49 345 7753 800
E-Mail:
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts:
Bundeswirtschaftsministerium
(**BMWi**), Bundesministerium
der Finanzen (**BMF**),
Bundesministerium für Arbeit
und Soziales (**BMAS**),

Bundesministerium des
Innern (**BMI**), Bundes-
ministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung
(**BMVBS**),
Bundeskanzleramt,
Wirtschaftsministerien der
Neuen Länder

**Wissenschaftliche
Schlagwörter:**
Konjunktur, Prognose,
Finanzmärkte, öffentliche
Finanzen, Geldpolitik,
Finanzpolitik, Weltwirtschaft,
Deutschland, Arbeitsmarkt,
Produktion

**Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle (IWH)**
Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)
Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)
Tel.: +49 345 7753 60
Fax: +49 345 7753 820
<http://www.iwh-halle.de>

Unterauslastung der Kapazitäten im Jahr 2013 dürfte die Produktionslücke im Prognosezeitraum positiv ausfallen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion steigt im Jahr 2014 wohl um 1,8% (66%-Prognoseintervall: 1,0 bis 2,7%). Die Verbraucherpreis-inflation dürfte in den Jahren 2013 und 2014 bei 1,5% liegen.

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2013 bis 2015

	2013	2014	2015
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
privater Konsum	0,9	1,6	1,8
Staatskonsum	0,5	1,2	1,4
Anlageinvestitionen	-0,6	4,5	4,4
Ausrüstungen	-1,6	5,3	7,0
Bauten	-0,4	3,9	2,8
sonstige Anlagen	3,0	4,9	4,2
inländische Verwendung	0,8	2,1	2,3
Exporte	0,4	4,0	4,1
Importe	1,2	5,0	4,8
Bruttoinlandsprodukt	0,4	1,8	2,0
<i>darunter: Ostdeutschland*</i>	0,0	1,4	1,5
<i>nachrichtlich:</i>			
USA	1,7	2,4	2,9
Euroraum	-0,4	1,0	1,4
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	0,6	0,9	0,8
Effektivlöhne je Stunde	2,3	2,4	3,3
Lohnstückkosten ^a	2,1	1,4	2,2
Verbraucherpreisindex	1,5	1,5	1,8
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland)	41 861	42 119	42 428
<i>darunter: Ostdeutschland*</i>	5 820	5 825	5 830
Arbeitslose ^b	2 952	2 952	2 904
<i>darunter: Ostdeutschland*</i>	661	640	620
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^c	6,6	6,5	6,4
<i>darunter: Ostdeutschland*</i>	10,4	10,1	9,8
	<i>% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	0,2	0,3	0,5

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Nationale Definition. – ^c Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – * Ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 12.12.2013).

Auch **Ostdeutschland** wird vom Aufschwung profitieren, wenn auch mit Verzögerung. Im Jahr 2013 dürfte die Produktion stagniert haben. Zwei Faktoren hemmten hier bis zum Sommer die Konjunktur: Zum einen litt das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland unter der Rezession im Euroraum, weil die im Osten dominierenden Vorleistungsgüterindustrien stärker von der Nachfrage in Europa abhängig sind als Produktionsstandorte im Westen, die häufiger in die ganze Welt liefern. Außerdem brachte die Flutkatastrophe an der Elbe und ihren Zuflüssen Produktionsverluste im zweiten Quartal. Im zweiten Halbjahr stiegen Umsätze und Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe aber deutlich. Bauwirtschaft und Handwerk profitierten von den flutbedingten Sanierungsarbeiten und von den Fluthilfen. Der gesamtdeutsche Aufschwung und die langsame Erholung der Wirtschaft im Euroraum werden der ostdeutschen Industrie in der Folge zugutekommen. Allerdings ist das Trendwachstum in Ostdeutschland aufgrund des demographisch bedingten Sinkens des Arbeitsangebots niedriger als in Gesamtdeutschland, und deshalb wird der Produktionszuwachs auch 2014 im Osten (ohne Berlin) um etwa einen halben Prozentpunkt niedriger sein als im Westen.

Die **Risiken** für die wirtschaftliche Entwicklung hängen an Belastungsfaktoren, die für jeden der großen Wirtschaftsräume verschieden sind. Im Euroraum sind es die Probleme von Staatshaushalten und Banken, in den USA der Haushaltsstreit und für

eine Gruppe von Schwellenländern mit hohen Leistungsbilanzdefiziten der Verlust an Vertrauen der Finanzinvestoren. Die chinesische Wirtschaft leidet unter mangelhaften Steuerungsmechanismen bei der Auswahl von Investitionsprojekten, besonders im Immobiliensektor. Dass sich die Weltwirtschaft deutlich schwächer entwickelt als hier prognostiziert, ist insbesondere dann zu erwarten, wenn mehrere der Belastungsfaktoren zugleich wesentlich an Gewicht gewinnen. So würde etwa eine deutlich schwächere Nachfrage sowohl aus den USA als auch aus China eine wichtige Voraussetzung für eine Erholung des Euroraums, nämlich einen deutlich positiven Expansionsbeitrag von Seiten des Außenhandels, gefährden, und ein Ausbleiben der Erholung in Europa würde wiederum die restliche Weltwirtschaft treffen. In Deutschland könnten die im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD geplanten Maßnahmen mittelfristig dämpfend auf das Wirtschaftswachstum wirken.

Die **öffentlichen Haushalte** werden im Jahr 2013 einen etwas höheren Überschuss aufweisen als im Jahr zuvor. Der staatliche Finanzierungssaldo wird sich damit allerdings weit weniger verbessern als in den beiden Vorjahren. Dies ist auf schwächer steigende Einnahmen, insbesondere aber auf einen stärkeren Ausgabeanstieg zurückzuführen. Im Jahr 2014 wird sich der Finanzierungssaldo des Staates trotz der Mehrausgaben für sozialpolitische Maßnahmen und staatliche Investitionen aufgrund konjunkturbedingt beschleunigt expandierender Einnahmen weiter verbessern. Im Jahr 2014 beläuft sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo – unter der Voraussetzung eines konstanten Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung – auf 0,3% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Der strukturelle Finanzierungssaldo dürfte sich allerdings verschlechtern. Im Jahr 2014 beläuft dieser sich auf 0,3% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, nach 0,5% im Jahr 2013.

Veröffentlichung:

ARBEITSKRTEIS KONJUNKTUR: Binnenwirtschaft trägt Konjunktur in Deutschland, in: IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 2 (1), 2014.

Der Koalitionsvertrag und die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland – mittelfristige Projektion für die Jahre 2013 bis 2018

Die schwache Entwicklung im Winterhalbjahr 2012/2013 hat auch ein niedrigeres durchschnittliches Wirtschaftswachstum in der mittleren Frist in Deutschland zur Folge als noch im Herbst unterstellt. Unter Berücksichtigung der Prognose für die Jahre 2014 und 2015 des IWH vom Dezember 2013 ist zwischen 2012 und 2018 mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 1¼% pro Jahr zu rechnen. Hierbei wird angenommen, dass die Kapazitäten der deutschen Wirtschaft mittelfristig leicht überdurchschnittlich ausgelastet sein werden, unter anderem weil die einheitliche europäische Geldpolitik in Deutschland noch längere Zeit expansiv wirken dürfte. Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns dürfte hingegen dämpfend wirken.

Veröffentlichung:

BRAUTZSCH, H. U.; DRECHSEL, K.; HOLTEMÖLLER, O.; LOOSE, B.; ZEDDIES, G.: Mittelfristige Projektion der realwirtschaftlichen Entwicklung, in: IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 2 (1), 2014.

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erforscht Prozesse der Transformation von Institutionen und Märkten sowie die wirtschaftliche Integration in Europa. Diese Leitfragen werden aus der Perspektive der Makroökonomik, der Strukturpolitik und mit Blick auf die Rolle der Finanzsysteme bearbeitet. Das IWH liefert wissenschaftlich fundierte Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik. Dabei schlägt das IWH die Brücke von der Theorie zur Praxis mit dem Ziel, Wirtschaftspolitik empirisch zu fundieren. So ist das Institut Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose,

die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt, und Partner eines europäischen Forschungskonsortiums zur Untersuchung der ökonomischen Aufholprozesse in Mittel- und Osteuropa (7. Forschungsrahmenprogramm der EU).

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 86 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.